

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

2.4.1908 (No. 107)

Karlsruher Zeitung.

Tonnerstag, 2. April.

N^o 107.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unbezahlte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. März d. J. gnädigst geruht, den Professor an der Technischen Hochschule in Hannover, Dr. Paul Stükel, unter Verleihung des Titels Geheimer Hofrat zum ordentlichen Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule in Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 30. März d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, Dr. Karl Johannes Fuchs, auf sein untätigtes Ansuchen zum 1. April d. J. aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Mit Entschlüssen des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 13., 20. und 21. März d. J. wurde

den Ober-Postassistenten Friedrich Andre in Karlsruhe, Wilhelm Tritschler in Freiburg i. Br., Philipp Schneider in Heidelberg, Anton Schade in Baden, und dem Postverwalter Joseph Anton Girarde in Vöhringen (Baden) der Titel Postsekretär, sowie den Ober-Telegraphenassistenten Konrad Nagel in Heidelberg und Alexander Vogel in Baden der Titel Telegraphensekretär verliehen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Mazedonien.

SRK. Berlin, 31. März.

Als Versicherung einer „hervorragenden diplomatischen Persönlichkeit“ ist aus Wien gemeldet worden, die Hauptache bei den Unterredungen zwischen Fürst Bülow und Baron Lehrenthal sei, eine Form für die Verantwortung der englischen Vorkläge zur mazedonischen Frage ausfindig zu machen. Diese Meldung gibt ein falsches Bild. Die Reise des Reichskanzlers nach Wien ist, wie überhaupt durch keine bestimmte politische Frage, so im besonderen nicht durch die Balkanfrage veranlaßt worden, wenn auch in den Gesprächen mit Fürst von Lehrenthal die mazedonischen Reformen neben anderen Gegenständen nicht unberührt geblieben sind. Die englischen Vorkläge aber stehen zurzeit nicht im Vordergrund. Sie sind auch von England nicht im Sinne eines Ultimatums gemacht worden, das anzunehmen oder abzulehnen ist. Sie wurden so zur Erörterung gestellt, daß für andere Anregungen Raum blieb; und von dieser Möglichkeit hat Rußland Gebrauch gemacht durch Mitteilung eingehender Beiträge zu den mazedonischen Verwaltungsfragen. Hierüber tauschen jetzt die Großmächte, die das europäische Konzert bilden, ihre Ansichten aus, in der Hoffnung, die Grundlage für ein weiteres einhelliges Vorgehen zu gewinnen. Sobald die Einigung in den wesentlichen Punkten erzielt sein wird, können den Vorklägen in Konstantinopel die erforderlichen Weisungen zum Wiederbeginn der Reformverhandlungen mit der Pforte zugehen.

Die Mittelmeerfahrt des Kaiserpaars.

(Telegramme.)

* Brindisi, 1. April. Die „Hohenzollern“ und „Samburg“ passierten gestern nachmittags 3 Uhr in einer Entfernung von 10 Meilen.

* Konstantinopel, 1. April. Die türkischen Zeitungen bringen heute ein offizielles Communiqué, welches besagt, daß angesichts der aufrichtigen Freundschaft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Sultan der Minister Turkhan Pascha beauftragt worden ist, den Kaiser bei seinem Besuche der adriatischen Küste im Namen des Sultans zu begrüßen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 31. März.

Bei der Vorlage betreffend Aenderung im Münzwesen erklärte Staatssekretär Sadow, daß Rücksichtsgründe, nicht grundsätzlichen Erwägungen zu der Vorlegung dieses Entwurfs geführt hätten. Die Vorlage regelt drei Punkte. Zunächst

solle ein 25-Pfennigstück eingeführt werden. Eine Zeichnung des Entwurfs dieser Münze könne er noch nicht vorlegen. Sie solle aus reinem Nickel etwa in der Größe zwischen dem 20-Pfennigstück und dem Markstück hergestellt werden, und sein Loch haben. Den Mittelpunkt der Vorlage bilde die Vermehrung der Kopffnote an Silberscheidemünzen von 15 auf 20 M. Der Gewinn aus der Prägung solle für die Verstärkung des Betriebsfonds benutzt werden, der überaus schwach sei. Diese Bestimmung sei aber nicht etwa das Maßgebende bei der Einbringung der Vorlage. (Weifall.)

Abg. Sped (Zentr.) äußert Bedenken gegen die Vorlage. Es möge sein, daß man im äußersten Osten ein 25-Pfennigstück brauche, der Süden sei dagegen. Das Hauptbedenken sei, daß es eine allgemeine Verteuerung herbeiführen werde, indem alle Gegenstände zum Preise von 20 bis 24 Pf. künftig mit 25 Pf. bezahlt werden müßten. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine 21gliedrige Kommission.

Staatssekretär Sadow erklärte, die Regierungen hätten die Vorlage nicht eingebracht, wenn Sie nicht von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen wären. Er könne nicht zugeben, daß das 25-Pfennigstück zu einer Erhöhung der Preise führen werde. Auch könne die Reichsregierung nicht dem Verdachte ausgesetzt werden, auf diesem Wege etwa eine hinführende Geldwährung einzuführen.

Abg. Dertel (natl.) erklärt sich für die Einführung eines 25-Pfennigstücks, sowie für die Erhöhung der Kopffnote an Silberscheidemünzen.

Abg. Senning (kons.) spricht sich gleichfalls für die Einführung eines 25-Pfennigstückes in künstlerischer Prägung aus. Eine vermehrte Silberausprägung erleichtere die Aufrechterhaltung der Goldwährung. Die Landwirtschaft leide unter der Not an Silbermünzen ebenso, wie die Industrie.

Abg. Strombeck (Zentr.) bekämpft sich im Gegensatz zu Sped als Freund des Entwurfs und trat für ein 25-Pfennigstück ein.

Abg. Arendt (Reichsp.) bringt der Einführung der neuen Münze Sympathie entgegen. Es werde sich aber fragen, ob eine reine Nickelmünze das Richtige sei oder ob eine Legierung vorgezogen werden müsse. Die Frage der Wiederausprägung von Dreimarkstücken sei in erste Erwägung zu ziehen. Wenn man jetzt die Kopffnote auf 20 M. erhöhe, so werde das zu nichts anderem führen, als daß man den Stand wieder einführe, den Deutschland bis zur Einziehung der Taler dauernd gehabt habe. Wenn man die Taler einrechnet, so habe man seit 1880 eine Kopffnote von 20 M. gehabt, die nur nach und nach durch die Zunahme der Bevölkerung vergrößert worden sei. Noch andere Momente seien hinzuzufügen, die den jetzigen Betrag der Kopffnote geringer machen: der Abfluß in die Kolonien, die Ausprägung von Denkmünzen und die erhebliche Abnutzung des Silbers. Die Silberbestände der Reichsbank müßten entsprechend den vermehrten Verkehrsanforderungen und der gesteigerten Anzahl der Bankkonten erhöht werden, auch im Hinblick auf etwaige ernste Eventualitäten. Seine Partei werde einer Verweisung an eine 14gliedrige Kommission ihre Zustimmung geben. Er hoffe von dem Entwurf günstige wirtschaftliche Wirkungen.

Abg. Kämpf (frei. Vp.) meinte, weit wichtiger als die Prägung eines 25-Pfennigstückes sei die Frage der Vermehrung unseres Silberumlaufs von 900 auf 1200 Millionen. Der Knappheit an Silbermünzen im Verkehr müsse abgeholfen werden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Naab (wirtsch. Vgg.), sowie des Staatssekretärs Sadow, welcher zusagte, auf die einzelnen Fragen in der Kommission einzugehen, wurde die Vorlage an eine 14gliedrige Kommission verwiesen.

Es folgte die Beratung der Resolution Camp zum Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung auf Gewährung der Ostmarkenzulage an Postbeamte.

Abg. Schulz (Reichsp.) begründete die Resolution. Der Abänderungsantrag Ablaß auf unwiderrückliche Gewährung der Zulage sei unannehmbar. Er bitte die Freisinnigen, den Antrag zurückzugeben.

Abg. Fritzen (Zentr.) erklärte sich für den Antrag Ablaß und gegen den Antrag Camp.

Abg. Wasseremann (natl.) sprach sich für den Antrag Camp mit dem Unterantrag Ablaß aus.

Abg. Brandts (Vole) und Abg. Lebehour (Soz.) stimmen gegen beide Anträge.

Abg. Bruhn (Reformp.) stimmt für beide Anträge.

Nach weiterer kurzer Debatte wurde die Abstimmung auf morgen zu Beginn der Sitzung angefügt. Die Resolution betreffend Erteilung von Aufträgen für die Militärverwaltung unter Voraussetzung der Tarifverträge wurde angenommen. Die Resolution, die darauf hinausgeht, den Arbeitern der Militärverwaltung den Lohn an den gesetzlichen Feiertagen zu zahlen, und die Resolution betreffend Prüfung der Löhne bei der Heeresverwaltung und Einführung des Neunstunden-tages wurden angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag Wasseremann auf Errichtung von Jugendgerichtshöfen, während der Antrag Kirsch, die Errichtung von Jugendgerichtshöfen tunlichst bald vorzunehmen, angenommen wurde. Die zum „Postetat“ gestellten Resolutionen wurden angenommen, die auf Einführung eines Nachbarortsverkehrs abgelehnt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Namentliche Abstimmung über die Ostmarkenzulage, Interpellation, betreffend die Schiffsabgaben, Versicherungsbeitrag. Schluß gegen 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 1. April.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

Zunächst wird über die Resolution Camp, betr. die Ostmarkenzulage, abgestimmt. Der Abänderungsantrag Ablaß, die Zulage unwiderrücklich zu machen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Sodann wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Camp mit 162 gegen 142 Stimmen angenommen.

Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten und Freisinnigen, betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. Frank-Mannheim begründet die Interpellation und führt aus, daß durch die Verletzung internationaler Abmachungen durch Preußen die Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen geplant sei. Dadurch werde Artikel 54 der Reichsverfassung verletzt. Das Verhalten Preußens gehe nicht nur gegen die Reichsverfassung, sondern zweifellos auch gegen den bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Er bedauere, daß die süddeutschen Staaten sich überhaupt auf Verhandlungen über diese Sache eingelassen haben. Auch stehe die Verfassungstreue Deutschlands in Frage. Wichtig sei, daß die Niederlande und Oesterreich nicht beleidigt werden. Der Süden sei wirtschaftlich darauf angewiesen, daß die Ströme frei bleiben. Eine Mehrbelastung würde eine Erschwerung der Konkurrenz gegenüber dem Norden bedeuten. Die großen Schiffsahrtsgesellschaften würden monopolisiert werden.

Zur Begründung der freisinnigen Interpellation führt Abg. Kämpf (fr. Vp.) aus: Es sei in dieser Frage ein Gutachten des Reichsjustizamtes eingefordert worden, welches dahin entschied, daß die Einführung von Schiffsabgaben ohne Aenderung der Reichsverfassung unmöglich sei. Es sei heute dringend nötig, vom Reichskanzler zu erfahren, wie er sich zu dieser authentischen Interpretation der Verfassung verhalte. Die preußische Regierung verspreche den Bundesstaaten Vorteile, die nicht in Zusammenhang stehen mit den Schiffsabgaben als solchen. Dem deutschen Volke stehe verfassungsmäßig das Recht zu, die natürlichen Flüsse abgabefrei zu benutzen. Die Zuwendungen für die Regulierung der Flüsse und die Verbesserung der Fahrlinien liege im Interesse der Allgemeinheit. Bei den Schiffsabgaben handle es sich zunächst um eine Verteuerung der Rohstoffe, um eine Erhöhung der Transportkosten und schließlich um eine Erhöhung der Getreide- und Brotpreise.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg: Inwieweit die Einführung der Schiffsabgaben mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung vereinbar sei, habe bisher noch nicht zum Ausdruck kommen können. Die preußische Regierung werde Schritte tun, um die der Erhöhung der Schiffsabgaben entgegenstehenden, aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts sich ergebenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Sie glaube durch die von ihr angestrebte, nicht durch fiskalische Rücksichten bestimmte Lösung der umstrittenen Frage allen an der Stromschiffahrt Beteiligten einen Dienst zu leisten und dem nationalen Gedanken eine neue Förderung zuteil werden zu lassen. Da bei der preußischerseits angestrebten Einführung von Schiffsabgaben internationale Abmachungen in Betracht kommen, so würde auch mit den beteiligten fremden Staaten nach Regelung der Angelegenheit in Deutschland in Verhandlung getreten werden.

Eisenbahnminister von Breitenbach: Der preußische Anteil an dem Gesamtnutzen der deutschen Wasserstraßen sei so bedeutend, daß seine gedeihliche Entwicklung zugleich eine nationale Bedeutung für ganz Deutschland habe. Es komme der unlösliche Zusammenhang mit der Eisenbahnverkehrspolitik hinzu.

* Berlin, 1. April. Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete fort und nahm die von Staatssekretär Dernburg begründete Regierungsforderung auf Bewilligung von zwei Millionen Mark zur Fortführung der Usambarabahn von Mombasa bis zum Tanganjika an, ferner 325 000 M. zur Vermehrung des Fahrparks der Usambarabahn und der Aufstellung eines Drehkrans in Tanga. Schließlich wurde der ganze ordentliche Etat genehmigt.

Marokko.

(Telegramme.)

* Paris, 31. März. Senat. In der Debatte über die Marokkorechte sagte Pichon, weder die Entente cordiale, noch die Algeirasakte seien die Ursache der gegenwärtigen Lage in

Marokko, sondern einzig und allein die Schwäche des Maghzen. Die Gegend um Casablanca werden wir vermittels zeitweiliger Besatzungen beruhigen. Im übrigen werden wir uns innerhalb der Grenzen der Algeriasafte halten, die uns gegen Verwicklungen sichern. Frankreich hatte, als die Algeriasafte zusammentrat, die Sicherheit an der algerischen Grenze gewährleistet und in verschiedenen Häfen Marokkos seine Rechte zu wahren. Die Doppelpflicht erfüllt Frankreich auch jetzt durch die Sicherung der algerischen Grenze und Verhinderung von Unruhen in den Häfen. Frankreich könne nicht sofort aus Casablanca zurückgehen. Zwei der Mission des Generals Liauteu sei, einige Posten im Gebiete der Schajastämme aufzustellen, um Unruhen und Anarchie zu verhindern. Dann könne die Polizei in Casablanca organisiert und die französischen Truppen zurückgezogen werden. Frankreich erfülle die Algeriasafte, wenn nicht nach dem Buchstaben, so doch dem Geiste nach. Frankreich habe in Marokko nicht nur seinen eigenen Interessen Achtung zu verschaffen, sondern auch ein Mandat Europas auszuüben, was umso mehr geschehen müsse, da, falls die Sicherheit fremder Staatsangehöriger bedroht werden sollte, auch andere als französische Kriegsschiffe vor den Häfen kreuzen dürfen. Die Interessen Frankreichs in Marokko seien zu bedeutend, als daß es zulassen könnte, daß eine andere Macht ihren Einfluß an Stelle des französischen setze. Frankreich behalte sich vor, die marokkanische Regierung nicht allein die politische, sondern auch die finanzielle Verantwortlichkeit für die jetzigen Ereignisse tragen zu lassen.

Der Kredit wurde darauf von 290 abstimmanden Deputierten einstimmig angenommen.

Paris, 1. April. Der „Figaro“ veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit Abdul Kassis. Der Sultan äußerte sich über das Vorgehen des Generals d'Amade mit großer Anerkennung, doch sprach er seine Verwunderung darüber aus, daß General d'Amade keine Kazzias unternahme und keine Gefangenen mache. Wenn General d'Amade dies täte, so würde dies auf die Schajas eine viel größere Wirkung ausüben, als eine noch so große Anzahl Gefallener.

Paris, 31. März. Admiral Philibert meldet, daß der Gouverneur von Azemur, Si Kiffi, die Chiodenas, die sich kürzlich dem General d'Amade unterworfen hatten, angegriffen hat. Die Mahalla von Si Kiffi wurde von den Chiodenas unterzogen. Gegen Ende des Kampfes fiel El Saizi, der Kapitän der Chiodenas.

Paris, 1. April. General d'Amade meldet, daß er sich in das Gebiet der Medakra begeben habe. Da mehrere Abteilungen der Medakra bei ihrer feindlichen Gefinnung beharrten, kam es zu einem Kampfe. Ein Zug Schützen und ein Zug Spahis standen 300 Marokkanern gegenüber. Der Feind wurde bis Quartier verfolgt, die Schützen gingen sogar bis zum linken Ufer des Ned-Jessa vor. Auf französischer Seite fielen die beiden Offiziere, welche die Züge befehligten, und 6 Mann. 12 Mann wurden verwundet nach Medina gebracht. Keiner der Gefallenen wurde vom Feinde verstümmelt.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. April.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo, des Geheimrats Dr. Nicolai und des Legationsrats Dr. Seyb entgegen.

Zusolge der bei der diesjährigen Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern aus der Mitte der Zweiten Kammer geäußerten Wünsche, hat das Ministerium des Innern, entsprechend einer bereits auf früheren Landtagen wiederholt kundgegebenen Auffassung die Groß. Bezirksämter darauf hingewiesen, daß es in den geeigneten Fällen, in denen entwerfen oder Polizeibürokratien ganz unbedeutender Art in Frage stehen oder begründeter Anlaß zur Annahme vorliegt, daß eine Vorschrift lediglich aus Unkenntnis übertritten wurde, keinen Bedenken unterliegt den Angezeigten zunächst zu vernachlässigen und erst im Wiederholungsfalle strafend einzuschreiten.

Gleichzeitig wurde den Bezirksämtern empfohlen, wenn häufigere Uebertretungen ein- und derselben Art die Annahme rechtfertigen, daß die bezüglichen Bestimmungen nicht in allen Kreisen der Bevölkerung genügend bekannt sind, dieselben durch erneute öffentliche Bekanntmachung ins Gedächtnis zurückzurufen.

Endlich wurde darauf hingewiesen, daß niemals eine Bestrafung, sei es auch nur wegen der geringfügigsten Uebertretung erfolgen darf, ohne daß der zu Bestrafende zuvor über die Beschuldigung gehört worden ist, und daß bei der Strafzumessung auch die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des Beschuldigten zu berücksichtigen sind.

(Großherzogliches Hoftheater.) Die leider in letzter Zeit recht häufigen Erkrankungen in unserem Künstlerpersonal haben nicht nur wesentliche Änderungen im Spielplan, sondern auch mehrere Neubestellungen von Rollen notwendig gemacht. Am Montag mußte infolge Erkrankung Frau Ermarts für ihre Rolle in Grillparzers „Sappho“ Ersatz von auswärts beschafft werden, eine Mannheimer Künstlerin sprang in letzter Stunde ein und ermöglichte dadurch die Aufführung. Gestern spielte in Sudermanns „Johannisfeuer“ an Stelle des Herrn Herz, Herr Baumbach den Georg v. Hartwig u. an Stelle Frau Ermarts, Fräulein Rodechel die „Marilke“. Beide schnitten sehr gut ab, und fanden vielen Beifall, was in Anbetracht der ausgezeichneten bisherigen Besetzung der Rollen — die „Marilke“ gehört zu den besten Leistungen Frau Ermarts — viel sagen will. Der junge, trotzige Georg liegt Herrn Baumbach vorzüglich und Fräulein Rodechel hat die innere Leidenschaft der beschlossenen, folgenden „Marilke“ sehr klug und ausdrucksvoll herausgearbeitet. Neu war auch Fräulein Rodechel als unheimliche, diebische „Beckstamene“, im übrigen gestalteten das wahre, herrliche Spiel der Herren Wassermann und Feinzel, der Damen Müller und Bir, wie die tomischen Akteure in Fräulein Centers „Rampell“ und Herrn Reffeltragers „Blöb“ die Aufführung des „Johannisfeuer“ wieder zu einem sehr eindrucksvollen Theaterabend.

(Groß. Konservatorium für Musik.) Das letzte Vorspiel der Vorbereitungsclassen fand am Dienstag den 31. März statt. Nächsten Donnerstag den 2. April, abends halb 7 Uhr, folgt noch ein weiteres Vorspiel der Vorbereitungsclassen. Am Samstag den 4. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Konzertsaal der Anstalt eine öffentliche Prüfung der Vorbereitungsclassen statt.

(Parlamentsversammlung.) Im Café Novad fand gestern abend eine Versammlung der Zentrumspartei statt. Abgeordneter Neuhaus sprach über Finanzpolitik. Der Redner wies u. a. auf die Notwendigkeit der Schutzgölle für Industrie und Landwirtschaft hin und wandte sich gegen direkte Reichsteuern. Zur Frage der Gehaltsordnung in Baden erklärte Redner, was bisher in der Kommission beschlossen wurde, sei ein erschwerendes mehr, als in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Man müsse aber auch auf eine Steuererhöhung gefaßt sein. Nach einem Vortrag des Abgeordneten Schöfer über die politische Lage schloß der Vorsitzende, Abgeordneter Schmidt, gegen 11 Uhr die Versammlung.

(Instrumentalverein.) Im geistigen zweiten Konzert legte die Affektivität des Vereins wiederum Zeugnis ab von der rührigen und erfolgreichen Tätigkeit, die sie unter der künstlerischen Leitung des Herrn Musikdirektor Th. Münz entfaltet. Die gute Schulung des Vereinsorchesters bewies nicht nur der Vortrag der sonnenheiteren B-dur-Sinfonie von J. Haydn, die als Hauptwerk des Abends mit rhythmischer Präzision, technischer Sauberkeit und schwingvoller, klarer Auslegung des Inhalts ausgeführt wurde, sondern auch die anregende, gefällige Wiedergabe der Melusinen-Ouverture von Mendelssohn und zweier Intermezzi von J. A. Mayer. Fräulein Elisabeth Gumann sang, vom Orchester gut begleitet, mit ihrer angenehmen, traugfähigen und heischguten Sopranstimme eine Arie aus Bahndns „Schöpfung“, bei welcher die Akkoraturen elegant und sicher bewältigt wurden und das „Ave Maria“ aus der „Feuertanz“-Rakate von Max Bruch mit schönem Ton und wirkungsvoller Behandlung des dramatisch bewegten Teils. An der Ausführung des Programms beteiligte sich mit Erfolg auch Fräulein Elisabeth G., die nicht nur in der Ausführung der Harfenpartie der Märschenstücke, sondern auch in einem Konzertsolo von Oberhäufel erneut ihre Fertigkeit und Sicherheit in der Beherrschung ihres schönen — aber nicht ganz rein abgestimmten — Instruments darthat. Obwohl die beiden Solisten wie auch das Orchester und sein verdienter Leiter fanden für die Darbietungen reiche Anerkennung.

6. Künstlerkonzert. — Hans Schmidt.) Am nächsten Freitag den 3. April, um 8 Uhr abends, findet im Museumsaal ein Wiederabend von Fräulein Lulu Hysg Gmeiner statt. Die Begleitung hat Herr Eduard Behm-Berlin übernommen. Das Programm enthält: Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann und Hugo Wolf.

St.L.A. Am 31. März 1908 waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogtum durch Schweinefleisch 9 Amtsbezirke mit 11 Gemeinden verheudet, und zwar: Amtsbezirk Womborf mit 1 Gemeinde, Emmendingen (1), Staufen (1), Offenburg (1), Bruchsal (2), Karlsruhe (1), Rammheim (1), Buchen (1) und Eberbach (2).

Die Vorschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Am Montag trat der Bürgerausschuß Karlsruhe zur Beratung des diesjährigen Gemeindevorschlags zusammen. Oberbürgermeister Siegrist eröffnete um halb 4 Uhr die Sitzung und begründete den Vorschlag für 1908. Er weist zunächst darauf hin, daß der diesjährige Vorschlag nach den bisherigen Grundrissen aufgestellt ist: Er ist vor allem so berechnet, daß der Wirtschaftsumschlag auf der vorjährigen Höhe erhalten bleibt, damit das Jahr 1909 nicht schon durch das Ergebnis des Jahres 1908 ungünstig beeinflusst wird. Im vorigen Jahr hatte im wesentlichen der ungünstige Abschluß des Vorjahres (1906), d. h. der Rückgang der Deckungsmittel um 461 000 M. die Erhöhung der Umlage notwendig gemacht. In diesem Jahre dagegen ist die bedeutende Steigerung des ungedeckten Aufwands zurückzuführen auf die außerordentlich starke Erhöhung der Ausgaben des Jahres 1908 einerseits und das verhältnismäßig geringe Anwachsen der Einnahmen — 19,62 Proz. gegen 8,2 Proz. — und die damit begründete Steigerung des ungedeckten Aufwands um 44,55 Proz. Die Ausgabensteigerung tritt am stärksten in folgenden Posten zutage: Städtisches Krankenhaus +252 000 M., Verzinzung und Tilgung +249 000 M., Außerordentliche Aufbesserung der Beamten, Lehrer und Arbeiter 211 000 M., sonstiger Schulaufwand 132 000 M., Straßenreinigung, Unterhaltung und Rechtsabfuhr 77 000 M. Diese Postitionen erfordern allein zusammen 921 000 M. mehr, gleich etwa 9 Pf. Umlage. Damit wäre rednerisch schon eine Steigerung der Umlage von 23 Pf. auf 32 Pf. erklärt und man könnte sich dabei vielleicht beruhigen, wenn man die Umlageerhöhung haben könnte, daß wir es nur mit einer einmaligen ungewöhnlichen Erscheinung zu tun haben. Oberbürgermeister Siegrist ist aber der Meinung, daß hier eine andauernde Erscheinung zutage tritt, nämlich die Erscheinung der steigenden Divergenz zwischen der Bewegung der Einnahmen und Ausgaben. Der Redner legt dann eingehend die Gründe für diese Erscheinung und die Mittel und Wege zur allmählichen Besserung der Finanzlage auseinander. U. a. habe die von der Stadt in den letzten vier Jahrzehnten verfolgte Finanz- und Wirtschaftspolitik manches zu der fühlbarer werdenden stärkeren Belastung der Umlagezahler beigetragen. Die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Stadtverwaltung war in zu starkem Maße von dem Bestreben beeinflusst, die Umlage niedrig zu halten. Zu diesem Zweck wurden möglichst viele außerordentlichen Ausgaben auf Anlehen genommen, wurden fast keinerlei Reserven angesammelt, sondern regelmäßig alle in einem Jahr erwirtschafteten Überschüsse als Deckungsmittel des folgenden Jahres verwandt. Die gesamten Wirtschaftsausgaben sind von 1898 bis 1908 gestiegen um 142 Proz., die Ausgaben für den Schuldendienst in der gleichen Zeit um 126 Proz., die laufenden Einnahmen dagegen nur um 114 Proz. Aus dieser Erscheinung ergibt sich meines Erachtens gebieterisch die Notwendigkeit, einerseits ernstlich auf eine Stärkung der nicht aus Umlagen fließenden Einnahmen bedacht zu sein, andererseits die Abwägung der Lasten auf die Zukunft möglichst einzuschränken. Der Redner weist auf die Möglichkeit ein, die Umlage durch die Abwägung der Lasten auf die Zukunft möglichst einzuschränken. Der Redner weist auf die Möglichkeit ein, die Umlage durch die Abwägung der Lasten auf die Zukunft möglichst einzuschränken. Der Redner weist auf die Möglichkeit ein, die Umlage durch die Abwägung der Lasten auf die Zukunft möglichst einzuschränken.

Zum Schluß glaubte er aussprechen zu dürfen, daß es zwar sehr wenig erfreulich ist, wenn wir auch in diesem Jahre wieder erhöhte Anforderungen an den Geldbeutel unserer Umlagezahler zu stellen genötigt sind; daß aber diese Erscheinung nicht begründet ist in besonders ungünstigen oder Bedenken erregenden wirtschaftlichen Zuständen unserer Stadt und deshalb auch kein Grund vorliegt mit trüben Gedanken in die Zukunft zu schauen. Mit der etwas bitteren Tatsache aber müssen wir uns freilich abfinden, daß wir eine Reihe von Jahren tiefer in die Tasche greifen müssen, als wir es bisher gewohnt waren. Die Rede wurde mit Beifall aufgenommen.

Der Obmann des geschäftsführenden Vorstandes, Stadtv. Prof. Dr. Goldschmidt beschränkte sich darauf, mitzuteilen, daß der Vorstand die Frage der Ermäßigung der Umlagegelder gründlich erwogen habe, aber zu einem negativen Ergebnis gekommen sei. Der diesjährige Vorschlag bringe eine starke Mehrbelastung gerade zu einer Zeit, wo auch der Staat infolge Lenkung seiner Gesetzgebung den Steuerzahler stärker in Anspruch nehme. Die vorgeschlagenen 32 Pf. Umlagen entsprächen etwa dem Satz von 64 Pf. nach dem alten Stand. Die Umlage sei also von 40 Pf. im Jahr 1906 auf 60 Pf. im Jahr 1907 und rund 64 Pf. im Jahr 1908 gestiegen. Im Hinblick hierauf und auf die großen noch bevorstehenden Ausgaben sei Sparmaßnahme nötig. Der Vorstand empfehle den Vorschlag zur Annahme.

Hierauf wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Generaldebatte eröffnet.

Stadtv. Oberschulrat Neumann weist darauf hin, daß das Bild sich in den letzten Jahren so gestaltet habe, daß die Wirtschaftseinnahmen nur noch 62 Proz. der gesamten Einnahmen ausmachten, während sie früher 67, 70 und 72 Proz. betragen hätten. Bei den Einnahmen besonders komme die Unquantität der wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck, z. B. bei den Grundbuchgebühren und bei der Verkehrssteuer und dergleichen. Als er voriges Jahr schon auf die rückläufige Bewegung aufmerksam gemacht habe, sei er nur unwirksam geblieben, jetzt sei man aber allgemein von dieser Tatsache überzeugt und sehe ihre Folgen an der Lage der Sparkasse beispielsweise und dem Kursstand der in städtischen Besitz befindlichen Papiere. Die Luftverkehrssteuer und die Erhöhung der Hundsteuer, welche beiden Maßnahmen die Stadt noch treffen könnte, würden nicht viel einbringen, anders wohl die Wertzuwachssteuer, doch sei für diese der gegenwärtige Zeitpunkt mit der wirtschaftlichen Depression nicht sehr geeignet. Als Wunsch der Beamten trage er noch vor, daß die Zulagen als Teuerungszulagen einschließlich der bereits im vorigen Jahr verteilten Summen gleichmäßig auf sämtliche Beamten verteilt würden. Im übrigen empfehle er den vorgeschlagenen Umlagefuß zur Annahme.

Stadtv. Geh. Hofrat Prof. Baumeister spricht dem Stadtrat sein Vertrauen aus. Auch seines Erachtens sei an dem Vorschlag nichts zu ändern. Der Uebergang dazu, die Schulhausbauten statt aus Anlehen aus laufenden Mitteln zu erstellen, lasse sich nicht vermeiden. Der Stadt müsse eine kräftige Wertzuwachssteuer aus dem ihr allein zu verbleibenden Mehrwert zukommen. Doch diese Steuer, schon lange sein Lieblingskind, zur Einführung komme, freute ihn. Aus demselben Grund, wie er die Wertzuwachssteuer wünsche, sei er auch für die Zugsteuer, weil ihre Grundlage eine moralisch gesunde sei. Er denke da an Automobile, Konzert- und Tanzveranstaltungen, auch Kleiderluxus, den man vielleicht proportional der Größe der Kopfbedeckung der Damen treffen könnte. (Geheul!)

Stadtv. Rechtsanwalt Frey: Die Steigerung des Umlagefußes sei beim Anwachsen der Ausgaben um ungefähr eine Million und der Einnahmen um nur 400 000 Mark unvermeidlich. Doch dürfe das einen nicht so sehr frustig machen, auch dann nicht, wenn man sehe, daß zwei Drittel der Umlagen zum Schuldendienst nötig seien. Sparmaßnahme könne man wahlen lassen im Bewußtsein, namentlich auch bei den Volksschulen. Die bereits erfolgten Eingemeindungen könnten der Stadt durch Einführung der Wertzuwachssteuer ersparbar gemacht werden. Er sei auch ein Anhänger einer solchen Steuer, aber hauptsächlich auf unbenutztes Gelände. Schließlich habe er noch den Wunsch, daß die Industrie im Westen der Stadt sich ausdehne, dort sei ihr Platz, nicht im Osten. Er empfehle den Vorschlag zur Annahme.

Stadtv. Reallehrer Bergmann sieht eine Möglichkeit der Erhöhung von Einnahmen bei den Vadeanstalten in einer Vermehrung der Gelegenheit zu Wädern 3. Klasse, beim Elektrizitätswert in der Verbilligung der Tarife für Strom, bei der Straßenbahn in einer reicheren Ausgestaltung des Netzes und Verbesserung der Organisation des Betriebes, beim Rheinhafen in der Abgabe billigen Geländes für die Industrie. Redner tritt schließlich für eine Art Mittelpreisverfahren bei Submissionen ein.

Stadtv. Redakteur Willi erklärt: Nicht die Umlagesteigerung an und für sich sei ein besonderes Uebel, sondern seine sprunghafte Steigerung, zumal wenn solche in eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges falle. Bei Beurteilung der Belastung des Gemeindefinanzhaushaltes durch den Schuldendienst dürfe man doch nicht vergessen, daß nur durch die Anleihen die verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt möglich gewesen seien, die bereits jetzt oder künftig eine Rente abwerfen. Die Wertzuwachssteuer gebühre allein der Gemeinde. Mit ihrer Einführung zugewartet, sei nicht am Platz. Der Redner verlangt Unentgeltlichkeit der Krankenpflege und der Bestattungswesen. Er fordert den Nachmittagsbetrieb für die Gaswerksarbeiter. Vor zu großer Sparfameit bei den Volksschulbauten müsse er warnen. Auch im Interesse der Geschäftswelt der Arbeiterklasse und der Kunst dürfe man nicht intransigieren. Redner verlangt auch den Ausbau der Straßenbahn nach Rittenheim und nach der Südstadt. Gespart werden könne durch den Strich des Fonds für das nächste Stadtjubiläum 1915. Als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung verlange seine Fraktion die entsprechende Anzahl von Sitzen im Stadtrat.

Stadtv. A. B. verzichtet mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit aufs Wort.

Stadtv. Redakteur Kolb wendet sich gegen die agrarische Politik, welche auch bei dem Vermögenssteuergesetz zum Schaden der Einwohner der Städte zum Ausdruck gekommen sei, insbesondere durch Freilassung der kleineren bäuerlichen Betriebskapitalien. Aus den Darlegungen des Oberbürgermeisters über die Anleihenpolitik könnten die Gegner einer solchen Politik schließen. Ob eine Aufgabe mit Anleihenmitteln oder Wirtschaftsmitteln zu lösen sei, sei keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage, die nach kaufmännischen Gesichtspunkten beantwortet werden müsse. Die Sozialdemokraten seien keine Umlagegegner. Außerdem könne hier mancher Konflikt vermieden werden, wenn man ihnen ausreichende Vertretung im Stadtrat, mindestens in dem Maße wie den Freisinnigen gewährt. Ehrlicher Wille zur Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung sei vorhanden.

Stadtv. Landgerichtsdirektor Dr. Eller anerkennt die Beizwilligkeit der beiden sozialdemokratischen Vorredner zu praktischer Betätigung. Durch Wahl des Stadtvorordneten Kolb zum Stadtrat werde ja wohl deren Wünsche entsprochen werden. Es sei aber eine eigentümliche Politik, die Befreiung der Finanzen durch größere Ausgaben zu versuchen. Anleihenmitteln dürften nur zu eigentlich werdenden Unternehmungen verwendet werden.

mungen sowie zur Lösung von solchen Kulturaufgaben verwendet werden, welche im Interesse der gegenwärtigen Generation unerschwinglich seien. Bei einer Wertzuwachssteuer sei es schwierig, die richtige Grenze zu ziehen zwischen volkswirtschaftlich gesunder Kapitalanlage in Grundstückswerten und eigentlicher Bodenspekulation insbesondere mit Bauplänen. Für die soliden Hausbesitzer käme heute eher eine Entschädigung für unbediente Wertverminderung in Betracht. Nachdem beim städtischen Krankenhaus die Kosten der Behandlung und Verpflegung gestiegen seien, müsse man auch eine Erhöhung der Verpflegungssätze der Patienten in Erwägung ziehen.

Darauf stellt der Oberbürgermeister fest, daß noch sieben Redner zur Generaldebatte gemeldet seien und beantragt Fortsetzung der Debatte Dienstag nachmittags 3 Uhr. Dieser Antrag findet allgemeine Zustimmung. Schluß der Sitzung 1/2 1/2 Uhr abends.

Oberbürgermeister Dr. Otto Beck

Mannheim, 1. April. Anlässlich des Hinscheidens des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Otto Beck fand gestern vormittags 11 Uhr eine außerordentliche Stadtratssitzung statt, zu der — mit Ausnahme eines zurzeit von hier abwesenden — die sämtlichen Mitglieder des Kollegiums erschienen waren. Der Vorsitzende, Bürgermeister Martin, widmete dem heimgegangenen, hochverdienten Gemeindevorstandesmitglied, dem hochverehrten, hochverdienten Stadtratsherrn, während dessen die Mitglieder des Stadtrats tief erschüttert von den Sätzen sich erhoben hatten. Nach der Ansprache des Vorsitzenden beschloß auf dessen Antrag der Stadtrat einstimmig, die auf Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, festgesetzte Besetzung des Heimgegangenen als städtische Angelegenheit zu behandeln.

Die Zahl der eingegangenen telegraphischen und schriftlichen Beileidskundgebungen ist eine sehr große. Schon in den ersten Vormittagsstunden kamen gestern von allen Richtungen Telegramme, in denen der tiefen Trauer und dem schmerzlichen Mitgefühl anlässlich des Hinscheidens des hochverdienten Stadtratsherrn Ausdruck gegeben wurde. Von Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin lief folgendes Telegramm ein:

Frau Oberbürgermeister Beck! Tief bewegt durch die erschütternde Trauernachricht sprechen wir Ihnen und Ihren Kindern unsere allerwärmste Teilnahme aus. Gott wolle Ihnen mit seinem Troste nahe sein. Das Andenken an den allzu früh Entschlafenen und seine hohen Verdienste um die Entwicklung der Stadt Mannheim wird uns stets unvergesslich bleiben.

Großherzog und Großherzogin.

Ihre königliche Hoheit Großherzogin Luise folgendes Depesche:

Frau Oberbürgermeister Beck! Erfahre mit tiefster Betrübnis den Heimgang Ihres Gatten. Die schmerzliche Nachricht erfüllt mich mit aufrichtiger Teilnahme für Ihren und Ihrer Kinder unersehlichen Verlust. Dieser Verlust ist aber für die Stadt Mannheim ein ebenso unersehlicher, tief zu beklagender, und so ist meine Mittrauer bei dem Heimgang Ihres hochverdienten Gatten eine wahrhaft herzliche, tiefgehende.

Großherzogin Luise.

Von Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch lief folgendes Telegramm ein: „Frau Oberbürgermeister Beck! Namens der Mitglieder des Staatsministeriums bitte ich Sie, den Ausdruck unserer herzlichen Teilnahme an dem schweren Schicksalsschlage entgegenzunehmen, der Sie so jäh betroffen hat. Wir werden dem Dahingegangenen, der sich um die Stadt Mannheim unvergängliche Verdienste erworben hat, allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.“

Seine Excellenz Herr Ministerpräsident Frhr. v. Marschall sandte folgendes Telegramm: „Tief bewegt durch die Kunde von dem plötzlichen Ableben Ihres Gemahls, in dem ich einen Studienkollegen verehere, der mir seine freundschaftlichen Gesinnungen stets bewahrt hat, spreche ich mit den Meinigen Ihnen und den Ihrigen meine innigste Teilnahme aus. Mitten aus vielfeitigem, segnetem Wirken, in dem er schaffensfreudig die eigene Gesundheit nicht achtete, ist er viel zu früh den Seinigen und dem städtischen Gemeinwesen entzissen worden, an dessen Spitze er eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, deren Spuren nicht verlöschen werden.“

Exzellenz Präsident Dr. Nicolai telegraphierte: „Frau Oberbürgermeister Beck! Tief erschüttert von dem jähen Hinscheiden Ihres hochverehrten Gatten, des hervorragenden, ausgezeichneten Mannes, nehme ich mit meiner Frau innigsten, herzlichsten Anteil an Ihrem schweren Verluste.“

Herr Oberbürgermeister Dr. Wildens sandte folgende Depesche: „Durch die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres hochverehrten Herrn Gemahls, unseres hochgeschätzten Kollegen und lieben Freundes aus tiefster Erschütterung, übermitteln wir aus dem Landtag Ihnen und den Ihrigen den tiefsten Ausdruck herzlichster und wärmster Teilnahme. Wildens.“

Weiter liefen Beileidskundgebungen ein: vom Herrn Reichstagsabgeordneten Ernst Wassermann von Berlin, vom Herrn Oberbürgermeister Dr. Winterer in Freiburg, vom Herrn Oberbürgermeister Fieser in Baden-Baden, vom Herrn Regierungspräsidenten Neuffer in Speier, vom Herrn Dr. Rießer in Berlin, der den Heimgegangenen als seinen hochverehrten Lehrmeister in dem Verwaltungsdienst bezeichnet, ferner vom Landtagsabgeordneten Giesler aus Karlsruhe, der zugleich im Namen der Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses kondolierte, vom Oberbürgermeister Dr. Mühlberger in Ehlingen usw.

Das Rathaus und das Rathaus, sowie verschiedene andere Gebäude haben aus Anlaß des Hinscheidens des Oberbürgermeisters auf Halbmaße geschlossen.

Gestern nachmittags um 6 Uhr erfolgte die Ueberführung nach dem Leichenhaus auf dem Friedhof. Die Sektion der Leiche wurde noch gestern abend von dem langjährigen Hausarzt der Familie, Herrn Dr. med. Hübler und Herrn Dr. Schneider, Assistent am pathologischen Institut Heidelberg vorgenommen. Der Befund war der erwartete. Verkalkung der Hauptschlagader und der Kranzgefäße des Herzens, sowie Vergrößerung und Entzündung des Herzmuskels.

Bei der Stadterwaltung sind u. a. folgende Beileidskundgebungen eingetroffen:

Karlsruhe, 31. März 1908.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim. Grobherzogin und ich sind tief erschüttert durch die Trauerkunde von dem unerwarteten Ableben des trefflichen Oberbürgermeisters Dr. Beck und wissen die Schwere völlig zu ermessen, die dieser unersehliche Verlust für die Hauptstadt Mannheim bedeutet, in deren Geschichte sich der Heimgegangene durch sein tatkräftiges großartiges und segensreiches Wirken ein unvergängliches Denkmal gesetzt hat.

Friedrich, Grobherzog.

Karlsruhe, 31. März 1908.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim. Ich kann den großen Verlust wohl ermessen, den die Stadt Mannheim durch den Heimgang ihres unersehlichen Oberbürgermeisters Beck erlitten hat und kann es mir

nicht verjagen, der Stadt Mannheim meine tief empfundene Teilnahme auszusprechen. In herzlichster Dankbarkeit gedenke ich der vielen wertvollen Beziehungen, welche mich in Gemeinschaft mit unserem teuren in Gott ruhenden Grobherzog mit dem Manne verbanden, dem es vergönnt war, so viel Großes, Gutes und Bleibendes für eine Stadt zu erreichen, deren Emporblühen in besonderer Nähe das Werk des zu früh aus ihrer Mitte Abgerufenen genannt werden darf. Ein dankbares Andenken werde ich ihm stets bewahren.

Grobherzogin Luise.

Karlsruhe, 31. März 1908.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim.

Ich habe tiefbewegt den schweren Verlust erfahren, den Ihre Stadt durch den plötzlichen Heimgang Ihres so verehrten und ausgezeichneten Oberbürgermeisters erlitten und spreche Ihnen Allen meine tiefempfundene Teilnahme aus.

Karlsruhe, 31. März 1908.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim.

Die Erste Kammer nimmt wärmsten Anteil an dem schweren Verlust, welchen die Haupt- und Residenzstadt Mannheim durch das Hinscheiden ihres so hochverdienten Oberbürgermeisters Beck erlitten hat, in welchem die Erste Kammer auch eines ihrer früheren Mitglieder schmerzlich betrauert.

Mag. Prinz von Baden, Präsident der Ersten Kammer.

Ferner gingen dem Stadtrat folgende Telegramme zu:

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim. Im Namen der Mitglieder des Staatsministeriums spreche ich Ihnen und dem Stadtrat Mannheim unsere herzlichste Teilnahme an dem Heimgang des Oberbürgermeisters Dr. Beck aus. Seine unerschöpflichen Verdienste um die Stadt Mannheim sichern dem Dahingegangenen auf alle Zeiten das ehrendste Andenken. Staatsminister v. Dusch.

An den Stadtrat Mannheim. Tief erschüttert durch die eben erhaltene Kunde von dem plötzlichen Ableben des Oberbürgermeisters Dr. Beck drängt es mich, dem Stadtrat meine wärmste Teilnahme an dem unersehlichen Verluste auszusprechen, von dem die Stadt Mannheim betroffen worden ist. Was der Heimgangene in unermüdlicher Tatkraft mit weitem Blicke in einer Periode ungehörter Entwicklung des städtischen Gemeinwesens an der Spitze desselben geleistet, wird unversehrt bleiben. Mitten aus schaffensfreudigen Wirken, in dem er der eigenen Gesundheit nicht achtete, ist er abgerufen worden; sein Andenken wird aber in der Geschichte Mannheims fortleben. Ministerialpräsident v. Marschall.

Stadtrat Mannheim. Dem Stadtrat bezeuge ich aufrichtige Teilnahme an dem schweren Verlust, den die Stadt durch das Hinscheiden des hochverdienten Oberbürgermeisters Dr. Beck erlitten hat. Ministerialpräsident v. Marschall.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim. Tieferschüttert durch die Nachricht vom unerwarteten Ableben des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Beck betrauert ich in herzlichem Beileid mit dem verehrlichen Stadtrat den unersehlichen Verlust, den die Stadt Mannheim und das Land durch den Heimgang dieses hervorragenden, weitsichtigen, schaffensfreudigen und willensstarken Mannes erlitten haben, der nur ein Opfer seiner unermüdbaren Arbeit für das Gemeinwohl geworden ist. Bodman.

Herrn Bürgermeister Martin, Mannheim. Der Stadtgemeinde Mannheim bezeugt zu dem überaus schmerzlichen Verluste des hochverdienten Oberbürgermeisters Dr. Beck die herzlichste Teilnahme. Das Präsidium der Zweiten badischen Kammer.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 1. April. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz ist vom Kaiser ins Herrenhaus berufen worden.

* Neustrelitz, 1. April. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat sich heute vormittags nach Italien begeben. Nächste Woche wird der Erbprinz ebenfalls dorthin reisen.

* Paris, 1. April. Dem „Echo de Paris“ zufolge, wird sich Präsident Fallières vor seiner Stockholmer Reise nach St. Petersburg begeben.

* Paris, 31. März. Präsident Fallières unterzeichnete das Gesetz, das die Verwendung von weißem Phosphor bei der Herstellung von Streichhölzern verbietet.

* Paris, 31. März. Im Ministerrat gab der Minister für öffentliche Arbeiten Barthou bekannt, daß die internationale Konferenz in Bern betreffend die Zugangsbahnen zum Simplon ihre Arbeiten am 12. Mai wieder aufnehmen wird.

* Paris, 31. März. Im heutigen Ministerrat teilte der Kolonialminister Millès-Lacroix mit, daß er die Absicht habe, sofort nach Schluß der Kammeression eine Besichtigungsreise nach Französisch-Westafrika zu unternehmen.

* Brüssel, 1. April. Die Vertreter der an der Zuderkonvention beteiligten Mächte ratifizierten gestern die neubeschlossene Vereinbarung durch die die internationale Zuderkonvention bis 1. September 1913 verlängert wird.

* Bern, 1. April. Der Nationalrat stimmte dem Antrag auf Schaffung eines sozial-statischen Amtes zu.

* Rom, 31. März. In der heutigen Sitzung des Senats wurde die Italienisch-Somaliland betreffende Vorlage erörtert. Tittoni verteidigte dabei die Vorlage, wobei er seiner festen Zuversicht für die Zukunft Venadirs Ausdruck gab. Einen Krieg von Seiten des Mullah müsse die Regierung als eine mögliche, nicht aber als eine wahrscheinliche Hypothese ins Auge fassen. Der Senat und das Land brauchten keine Besorgnis zu hegen. Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Vorlage angenommen.

* London, 31. März. Unterhaus. Sadox (kons.) fragte, ob Deutschland oder eine andere Macht Vorstellungen wegen des neuen britischen Patentgesetzes gemacht habe. Grey erwiderte, von Deutschland und den Vereinigten Staaten seien Vorstellungen wegen gewisser Vorschriften des neuen Patentgesetzes eingegangen, die sich auf ausschließlich im Ausland erworbene Patente bezögen.

Birrel brachte einen Gesetzentwurf betr. die Gründung neuer Universitäten in Belfast und Dublin ein.

* Rom, 1. April. Der Kassationshof hat heute nachmittags die Nichtigkeitsbeschwerde Rasis für unzulässig erklärt.

* Selsingfors, 31. März. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsdepartements des Senats beschloßen einstimmig, dem Generalgouverneur mitzuteilen, daß sie ihren Abschied zu nehmen gedenken.

* Konstantinopel, 1. April. Die Pforte teilte gestern dem persischen Votschaster mit, daß zwei persische Anarchisten gegen die Stiefmutter des Schahs, Prinzessin Ula, welche sich auf einer Pilgerfahrt in Kerbela befindet, einen Anschlag verübt hätten, indem sie durch ein Fenster auf sie schossen. Die Prinzessin blieb unverletzt. Die beiden Perfer wurden verhaftet.

* Washington, 1. April. Präsident Roosevelt hat dem Senat den Schriftwechsel mit Venezuela zugehen lassen, der die Geschichte der fünf amerikanischen Forderungen enthält, bezüglich deren Präsident Castro ein schiedsgerichtliches Verfahren abgelehnt hat.

* Washington, 31. März. Die Ernennung Hills zum Votschaster in Berlin, sowie A. M. Beauprés zum Gesandten in Haag und Spencer Edds zum Gesandten in Argentinien ist dem Senat zugegangen. Towers Rücktritt wird am 1. Juni erfolgen.

* Washington, 1. April. Rußland machte Vorstellungen wegen der Haltung des amerikanischen Konsuls in Charbin, der sich weigert, die russische Einsprache auf eine besondere Jurisdiktion innerhalb der Eisenbahnzone Charbin-Daljar anzuerkennen. Er betonte, er sei allein bei China beglaubigt. Dem Vernehmen nach handelt der Konsul nach einem wohlüberlegten Plane des Staatsdepartements, das die Integrität des chinesischen Gebietes und die Aufrechterhaltung des Systems der offenen Tür in der Mandchurei sichern will.

* Newyork, 1. April. Nachrichten aus dem Ferkkohlen-district besagen, daß die Gruben von Ohio und West-Virginien, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, geschlossen werden, bis ein Lohnvereinbunden getroffen sein wird.

Verschiedenes.

Berlin, 1. April. Die Produktenbörse ist in großer Erregung infolge der Börsenreform, insbesondere wegen der Unklarheit des § 66. Es werden Anträge an den Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler vorbereitet. Der Verkehr soll nur bis zur Abwicklung der bestehenden Geschäfte aufrecht erhalten werden.

Berlin, 1. April. Die einzige Schwester des Fürsten Bismarck, Malvine von Arnim, ist gestern abend gestorben. An seine Schwester Malvine richtete Fürst Bismarck seine bekannten Briefe. Sie war geboren in Kniephof am 29. Juni 1827 und heiratete im Jahre 1844 den Fideikommissar v. Arnim-Krochendorff. Aus dieser Ehe stammen drei Kinder, zwei Töchter und ein Sohn. Eine dieser Töchter, Schille, heiratete im Jahre 1885 ihren Vetter, den im Jahre 1901 gestorbenen Grafen Wilhelm v. Bismarck, Oberpräsident von Ostpreußen, den jüngsten Sohn des Fürsten Bismarck.)

Cöln, 1. April. Die Rheinisch-Westfälische Kohleeneinfuhrvereinbarung in Düsseldorf hat in ihrer gestrigen Sitzung ihre Auflösung beschlossen, da sie bei dem Kohleensyndikat nicht das mindeste Entgegenkommen hinsichtlich der Preisstellung fände und deshalb einzelne Mitglieder frei sein wollen, um die vorliegenden billigen Angebote auf dem freien Markt zu benutzen.

Newyork, 31. März. Nach Meldungen aus Newton in Canas hielt eine Räuberbande den Santafézug an, ermordeten den Expressboten und entflohen unter Mitnahme von 1000 Dollars und einer Anzahl Wertgegenständen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 1. April 1908.

Mit abnehmender Tiefe ist die Depression, die gestern bei den Shetlandsinseln erschienen war, bis nach Norwegen weiter gezogen; in südöstlicher Richtung entfaltet sie bis nach Polen hin einen Ausläufer. Hoher Druck bedeckt das Innere Rußlands und den Südwesten Europas. Ein Minimum ist über Oberitalien zu erkennen. Das Wetter war am Morgen in Deutschland meist trüb, zu Regen- und Schneefällen geneigt und kühlere als am Vortag. Veränderliches und kühles Wetter, vorerst noch mit Niederschlägen, ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 1. April, früh.

Lugano bedeckt 10 Grad; Biarritz bedeckt 12 Grad; Nizza wolfig 8 Grad; Triest bedeckt 10 Grad; Florenz bedeckt 9 Grad; Rom Nebel 7 Grad; Cagliari wolfig 14 Grad; Brindisi bedeckt 12 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Höf. Feucht. in mm	Wind	Himmel
31. Nachts 9 ^U	748.9	5.8	5.3	SW	bedeckt
1. April					
1. Morgs. 7 ^U	745.8	1.9	4.9	SW	Schneefall
1. Mittags. 2 ^U	747.9	8.3	4.6	SW	wolfig

Höchste Temperatur am 31. März: 10.7; niedrigste in den darauffolgenden Nacht: 1.5.

Niederschlagsmenge des 31. März: 12.1 mm.

Wasserstand des Rheins am 1. April, früh: Schutterinsel 1.85 m, gestiegen 30 cm; Rehl 2.10 m, gestiegen 12 cm; Wagan 3.67 m, gestiegen 19 cm; Mannheim 2.80 m, gestiegen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Kräftigung

bringt

Scotts Emulsion

für den Körperbau, nach Krankheiten, bei Ueberarbeitung, bei Kraftlosigkeit.



Scotts Emulsion

besteht nur aus den reinsten Rohmaterialien, und ausschließlich der feinsten Norwegische Dampftran wird dazu verwendet, der teurer als andre Transparen, aber auch weit nährkräftiger ist.

Nur echt mit dieser Marke — dem Garantiezeichen des Scotts Emulsion.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im Großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Aktion mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinstes Rebiginal-Extrakt 150,0, prima Glyzerin 50,0, unterphosphorigsaures Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natron 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Dierzu aromatische Emulsion mit Zimt, Mandel- und Gaultheriaöl je 2 Tropfen.

Tieferschüttert teilen wir unseren Mitbürgern mit, dass
der Oberbürgermeister der hiesigen Stadt
Herr Dr. Otto Beck

heute nacht infolge eines Herzschlags plötzlich dahingeschieden ist.

In dankbarer Würdigung der unvergleichlichen Verdienste des Heimgegangenen um die Stadt Mannheim haben wir beschlossen, dessen Bestattung als Angelegenheit der Stadtgemeinde zu behandeln.

Das Begräbnis findet am
Donnerstag den 2. April d. Js.,
nachmittags 4 Uhr

von der städtischen Leichenhalle aus statt.
 Wir laden hiermit zur Beteiligung an der Leichenfeier ein mit dem Anfügen, dass besondere Einladungen nicht ergehen werden.

Die Vorstände der Korporationen und Vereine, welche sich als solche zu beteiligen beabsichtigen, bitten wir, mit umflorter Fahne zu erscheinen und sich bis spätestens

Mittwoch den 1. April, nachm. 4 Uhr

bei dem Sekretariat des Oberbürgermeisters — Kaufhaus II. Stock, Zimmer 810 — anzumelden.

Dasselbst wollen auch etwa am Grabe beabsichtigte Ansprachen angemeldet werden.

Mannheim, den 31. März 1908.

Der Stadtrat:

Martin.

Diebold.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, gestern abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr unseren geliebten Vater und Grossvater

Herrn Ernst von Mitzlaff

auf Grossendorf

Oberst a. D., Rechtsritter des Johanniter-Ordens, Ritter des Eisernen Kreuzes u. a. Orden, nach längerem Leiden im 63. Lebensjahre aus dieser Zeit in die Ewigkeit abzurufen.

Luise Bertha von Mitzlaff,

Ehregard von Mitzlaff,

Gertraud von Mitzlaff,

Brigitta von Schwerdtner,

geb. von Mitzlaff,

Fritzeo von Schwerdtner,

Leutnant im Kgl. Sächs. Garde-Reiter-

Rgt., kommandiert zur Militär-Reit-

schule in Hannover,

Achaz von Schwerdtner. Q.420

Grossendorf i. Pom., den 30. März 1908.

Begräbnisfeier Donnerstag den 2. April, um 1 $\frac{1}{4}$ Uhr. Wagen in Hebron-Damnitz zu dem Zuge 12 Uhr 9 Min.

COLOSSEUM

Spielplan für das vorletzte Elite-Programm dieser Saison.

Direktion: Raimond. Vom 1. bis inkl. 11. April 1908. Telefon: 1938.

Charles Fox, Wally Wardini, Original-Horn- und Fuß-Maler. Soubrette. D.391

Jean Mathes, Humorist in seinem originellen Repertoire

Alt-Weibernüchtheit ausgeführt von The Champini's

Leopold und Falkoni, humorist. Gesangsduett.

Die weltberühmte Luppis-Troupe, in ihrem wunderbaren Luft-Red-Alt.

C. S. Francis, Kraft-Balance-Alt, assistiert von Miss Hanney.

Oliveira-Trio, Virtuosen auf jedem Instrument.

The Royal Dio Tableau, lebende Reliefphotographien in höchster Vollendung.

Kassa-Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Samstag den 4. April 1908. Vorstellung.

Alpirsbach bei Freudenstadt (Schwarzwald)

Sanatorium für Nervenleiden u. innere Krankheiten von Dr. med. K. Würz.

Das ganze Jahr geöffnet. — Prosp. grat.

Bülow-Pianos.

Der grosse Pianist Prof. Dr. Hans von Bülow fand die Pianos von Arnold, Aschaffenburg, in Ton und Spielart unübertroffen und wählte eines zu eig. Gebrauch. Durch den direkten Verkauf von d. Fabrik und der Ersparung des Händlernutzens beste und billigste Bezugsquelle und sicherste Garantie.

Q.978 **Aerztliches Kinderheim Alpirsbach** (Schwarzwald)

Das ganze Jahr geöffnet.

Zehn Betten. Prospekt u. Auskunft durch Oberin Bauer.

Leitender Arzt Dr. med. K. Würz.

Pianos

Flügel, Harmoniums

liefert zu jeder

gewünschten

Zahlungsbedingung

das P.995

Spezialhaus für Klaviere

Ferd. Köhler,

Mannheim A 2, 4

Otto Fischer

Grossh. Hoflieferant

(vorm. J. Stäber), Karlsruhe,

Kaiserstr. 130, Telefon 370,

empfiehlt: **Vollständige Betten**

jeber Art und Preislage, ganze

Wäsche-Anstreichern in vorzüglicher Ausführung.

Wohnungen, Villen, Läden u.

hat zu vermieten (gehörig frei f. Mieter). Das Vermiet- u. Verpächter-Bureau **K. Kornsand**, Kaiserstr. 56, Telefon 569. Sprechst. v. 8-9, 11-1 u. 5-7 Uhr.

Karlsruhe — Museumssaal
Samstag den 4. April 1908, abends 8 Uhr,
 unter dem Allerhöchsten Protektorat I. K. H. der Grossherzogin Luise

Wohltätigkeits-Konzert

zugunsten des **Bad. Frauenvereins**
 von Professor **Florian Zajic**,
 Grossherzoglich Badischer Kammervirtuos, und dem
 Klaviervirtuosen **Moritz Mayer-Mahr**, Berlin.

Programm

1. **Zweite grosse Sonate** für Violine und Klavier, op. 78 J. Raff.
2. **Ciaccona** für Violine solo J. S. Bach.
3. **Papillons** für Klavier, op. 2 R. Schumann.
4. **Kreutzer-Sonate**, op. 47 für Violine und Klavier L. v. Beethoven.

Konzertflügel **Bechstein** a. d. Lager d. Herrn Hofl. L. Schweisgut

Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Eintrittskarten: Saal numeriert M. 4.—, M. 3.—, M. 2.—, M. 1.—, offen M. 2.—, Galerie numeriert M. 2.—, offen M. 1.— sind in der

Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert**, Kaiserstrasse 159
 Telefon 2003 Eingang Ritterstrasse

und an der Abendkasse zu haben. Q.266

KARLSRUHE.

6. Künstler-Konzert (Konzertdirektion)
 Hans Schmidt

im Abonnement
Freitag, den 3. April im Museumssaal:

Lieder-Abend

Lula Mysz Gmeiner.

Begleitung: **Eduard Behm-Berlin.**

- Mozart:** Als Louise die Briefe ihres ungetreuen Liebhabers verbrannte.
 Veilchen.
 In questa Tomba.
Beethoven: Mit einem gemalten Band.
 Der Kuss.
Schubert: Der Tod und das Mädchen.
 Die Sterne.
 Das Lied im Grünen.
 Erbkönig.
Schumann: Die Hochländers-Witwe.
 Erstes Grün.
 Nussbaum.
 Meerfee.
 Jemand.
H. Wolf: 5 Lieder aus dem italien. Liederbuch nach Paul Heyse.

Konzertflügel: **Bechstein** von Herrn Hoflieferant **L. Schweisgut** hier. Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende $\frac{1}{4}$ 10 Uhr.

Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 Mk., Galerie 2.50 und 1.— Mk. im Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Hans Schmidt, G. m. b. H.**, und an der Abendkasse. Q.421

Fahrad-Reparatur-Werkstätte
V. Eberhardt

Amalienstr. 18 Telefon 1304 empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zur gründlichen Reinigung und Instandsetzung jeder beste Gelegenheit. — Emaillicierung, Vernickelung. — Neue Pneumatik- und Zubehörteile allerbilligst. — Freiluft-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt. P.223

Bekanntmachung.

Die hiesige Schreibgehilfenstelle mit 600 M. Jahresvergütung ist sofort zu besetzen. Bewerbungen sind, tunlichst unter Anfügen von Zeugnissen, hierher einzureichen.
 Oberkirch, 31. März 1908.
 Großh. Amtsgericht.

Nutzholzversteigerung.

Großh. Forstamt Tiengen versteigert aus Domänenwäldungen auf den Gemarkungen Achen, Tiengen, Guttenburg, Somburg und Gurtweil mit Borgrecht und Rabattbewilligung am Freitag den 10. April 1. Z., vormittags 10 Uhr beginnend, in der Restauration Aug. Walter in Tiengen: Nichten und Tannen Stämme: 125 Stück I.—VI. Kl., Abschnitte 51 Stück I.—III. Kl.; Forsten Abschnitte: 32

Stück I.—III. Kl.; Eichen: 34 Stück I.—V. Klasse; Buchen: 155 Stück I.—III. Kl.; Eichen: 7 Stück IV.—VI. Kl.; Ahorn: 8 Stück IV. und V. Kl.; Linde: 6 Stück II.—IV. Kl.; Erle: 4 Stück IV. und V. Kl. Auszüge kostenfrei durch das Forstamt. Q.395

Erledigtes Stipendium.

Aus der Familienstiftung des H. J. Brunt, ehem. bishöfl. Kanzeleldirektor hier, ist das Stipendium mit 300 M. in Erledigung gekommen. Bewerber um dasselbe haben sich unter Vorlage genauer Verwandtschaftsnachweise, aus denen der Grad der Verwandtschaft ersichtlich ist, der Studien-, Sitten- und Vermögenszeugnisse binnen 4 Wochen bei der unterzeichneten Stelle zu melden.
 Konstanz, den 24. März 1908. Q.398
 Großh. Verwaltungsrat der Stiftungsanstalten:
 Dr. Gross.

Gemeinsames Fest für den Wechselverkehr deutscher Eisenbahnen.

Am 1. April 1908 tritt ein Nachtrag 3 in Kraft. Er enthält Aenderungen des Normorts und der Abschnitte A, D 7 und F III. Für die als beschleunigtes Güter aufgegebenen Wagen mit Panoramen usw. sowie Wohnungswagen wird die Beförderung in Eil- und Schnellzügen ausgeschlossen. Die in den Nachtrag aufgenommenen zusätzlichen Bestimmungen sind gemäß den Vorschriften unter I (3) der Eisenbahnverkehrsordnung genehmigt.
 Karlsruhe, den 30. März 1908.
 Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.